

Fragwürdige Gewerkschaften – Personenfreizügigkeit ersatzlos kündigen



Adrian Pulver,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Vor zwanzig Jahren stimmte das Schweizer Volk erstmals über das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU ab. Es handelte sich damals um das Vertragspaket der Bilateralen Verträge I. Lediglich die Schweizer Demokraten (SD) scherten aus und ergriffen das Referendum. Tatsächlich gab es aber auch von rot-grüner Seite eine gewisse Opposition, wobei davon heute niemand mehr spricht. **Währendem die SD vorausschauend realisierten, dass eine solche Deregulierung die Zuwanderung spürbar ansteigen lässt, misstraute die Partei der Arbeit (PdA) dem Abbau der Kontrollmechanismen mittels Aufhebung bisheriger notwendiger Arbeitsbewilligungen. Im Gegensatz zur SP und den Grünen sowie insbesondere sämtlichen Gewerkschaften begnügten sich die Altkommunisten zu Recht nicht mit den ausgehandelten flankierenden Massnahmen.**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Im Jahr 2005 wurden dann die Kritiker aus diesem politischen Lager von der Bewegung für den Sozialismus (BFS) abgelöst. Zudem beschloss nun genauso die SVP die Nein-Parole zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-

Mitgliedsstaaten im Osten Europas. Erneut verloren die Gegner den Abstimmungskampf, was sich 2009 im Rahmen der Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien so dann wiederholte. **Derweil nahm das einwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum stetig zu, begleitet von unzähligen Sanktionen infolge Verstössen gegen heilige Lohn- und Arbeitsbedingungen.** Selbst Parteien wie die PdA und die BFS schwenkten in den Folgejahren um und glichen ihre Prioritäten den übrigen linken Vertretern an. In Sachen Zuwanderung und Freizügigkeit muss man letztlich vor allem die Politik der Gewerkschaften hinterfragen. Daran wird sich zukünftig kaum etwas ändern.

Gewerkschaften waren migrationskritisch

In den 60er- und 70er-Jahren waren die Gewerkschaften auf die Herausforderungen der Arbeitnehmerfragen fokussiert. Sie pflichteten der Kritik an der ungebremsten Migration zumindest inoffiziell bei und sprachen nicht andauernd von der Gefahr sogenannter rassistischer oder antidemokratischer Positionen. **Etlliche SD-Exponenten engagierten sich aktiv innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus.** Der Ausländeranteil in Gewerbe und Industrie, dem klassischen Arbeiterstand, führte jedoch bald zur aktuellen allgemein bekannten Gewerkschaftspolitik, was insbesondere mit der Betonung einer entsprechenden Weltanschauung sowie der dazugehörigen Rhetorik verbunden ist. **Seit jeher bezeichneten sich sowohl der sozialdemokratische Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) als auch der christliche Dachverband «Travail Suisse» als internationalistisch-progressivistisch. Die Basis der Mitglieder, oftmals die eigentlichen Frontaktivisten, identifizierte sich aber**

grösstenteils nicht mit einer solchen Grundhaltung.

Wenn man also den Lohndruck verringern will, benötigt es zwingend eine Beschränkung der Zuwanderung, zumal ein grösseres Angebot an Arbeitskräften automatisch die Position des Arbeitgebers begünstigt.

Gesellschaftsglobalismus statt Arbeitnehmerpolitik

Die heutigen Funktionäre bevorzugten flankierende Massnahmen, um von ihren wahren Absichten abzulenken. Hätte die EU in den Verhandlungen diese Regelung erfolgreich bekämpfen können, wäre dennoch kein einziges Gewerkschaftskadermitglied gegen die Personenfreizügigkeit angetreten. Dabei ist dieses Instrument der Inbegriff des herrschenden Globalis-

Démocrate  Suisse
Page 7

Basler Grossratswahlen,
25. Oktober 2020:

Wahlkreis Kleinbasel, Volks-Aktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat (VA) – Liste Ausländerstopp – Liste 14 unverändert einlegen!

mus. **Wer diesem entgegneten möchte, muss zwingend soziale Regulierungen verlangen. Im Falle des Freizügigkeitsabkommens sollte dieses mit der vorherigen Praxis der Gesuche für die Anstellung eines EU-Bürgers ersetzt werden.**

Analog von SP und Grünen ziehen SGB und «Travail Suisse» aber ein Weltbild ohne Grenzen und Nationen vor. Sie verraten die Arbeitnehmerschaft, indem die Freizügigkeit eine Überwindung des angeblich friedens- und freiheitsgefährdenden Nationalismus darstellen soll.

Fortsetzung Seite 2



Aufgrund des Bevölkerungswachstums stossen die Kapazitäten der öffentlichen Verkehrsmittel an ihre Grenzen.

Der «Schweizer Demokrat» – dank Ihnen!

Wir möchten es nicht unterlassen, Ihnen wieder einmal für die langjährige Unterstützung zu danken. Dabei ermöglichen Sie unter anderem die regelmässige Herausgabe des «Schweizer Demokrat». Diese ist aber stark gefährdet, zumal unsere finanziellen Mittel jeweils nur knapp ausreichen. Sollte sich die Situation nicht bald ändern, müssten wir beispielsweise die jährliche Anzahl der Ausgaben massiv reduzieren. Zusammen mit Ihnen wollen wir jedoch solche Massnahmen verhindern und weiterhin im Sinne unserer Sache aktiv sein. Gemeinsam – dank Ihnen – sind wir stark!

Ihre SD-Parteileitung

**Familienförderung nur für Bessergestellte?
Nein zum Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer!**

Diese Mentalität entspringt dem akademischen 68er-Gedanken-gut.

Seit den letzten Jahrzehnten sind beinahe alle Gewerkschaftsaktivisten Personen mit tertiären Qualifikationen. Diese meist von den jeweiligen Parteien vermittelten «Hobby-Gewerkschafter» besitzen eine vollkommen andere Prägung, was sich weniger in der Ideologie als in der politischen Prioritätensetzung niederschlägt.

Meistens provoziert man mit Forderungen zugunsten von Secondos, Asylbewerbern oder «Sans-Papiers». Kaum einmal betont jemand beispielsweise die berufliche Integration von IV-Rentnern, Sozialhilfebezügern und Arbeitslosen.

Vielmehr sollen letztere ungeschützt dem internationalen Arbeitsmarkt ausgesetzt sein. Dieser steht selbstverständlich über den Interessen der durch die Konkurrenz beeinträchtigten schwächsten Glieder der Gesellschaft. Ganz im Zeichen des Zustandes der Gewerkschaften stand übrigens die letztjährige Abwahl von SP-Nationalrat Corrado Pardini, eines gelernten Maschinenschlossers und Frontaktivisten. **Indirekt räumte er den Sessel für die studierte Historikerin und «Laien»-Gewerkschaftssekretärin Tamara Funiello.**

Hauptproblem EU-Zuwanderung

Am Ende sorgen diese angeblichen Vertreter der Schweizer Arbeitneh-

mer zusammen mit den bürgerlichen Parteien (hierbei die Mehrheit der SVP ausgeschlossen) und Wirtschaftsverbänden dafür, dass der Mensch im Namen der Grosskonzerne jederzeit europaweit von A nach B verschoben werden kann. Im Allgemeinen existiert in der Schweiz bei diesem langfristig hohen Bevölkerungswachstum keine ökologische und soziale Nachhaltigkeit.

Die Zuwanderung von Asylbewerbern und Angehörigen aus Drittstaaten hatte allenfalls in einzelnen Jahren eine zentrale Bedeutung. Weitaus am meisten Menschen kommen aus dem EU-Raum, sodass die Begrenzungsinitiative ein Gebot der Stunde ist.

Gegenüber Kontingenten oder Höchstzahlen kommt der Aufhebung des Personenfreizügigkeitsabkommens die grösstmögliche Wirkung zu. **Dennoch dürfen wir uns nicht blind auf die SVP verlassen, zumal sie anstatt von ersatzloser Kündigung immer wieder von Neuverhandlungen spricht. Niemals akzeptieren die SD einen solchen Weg.** Ja zur Begrenzungsinitiative heisst drastische Beschränkung der Einwanderung ohne Personenfreizügigkeit! **Davon profitieren vor allem auch die finanziell und sozial Schwachen!**

SD 
Schweizer Demokraten

Neues Kampfflugzeug – Ja zu einer starken Schweizer Armee

Am 27. September 2020 ist es soweit: Mit der eidgenössischen Volksabstimmung über den Rahmenkredit von 6 Milliarden Franken für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges entscheidet das Schweizer Stimmvolk über nicht weniger als das Schicksal unserer Armee. **Die Frage, die eigentlich auf dem Stimmzettel stehen müsste, lautet: «Wollen Sie unsere Armee stärken oder abschaffen?»** Bundesrat und Parlament wollen bis ins Jahr 2030 für maximal 6 Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge beschaffen, da unsere F/A-18 bis dann das definitive Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht haben werden. Dass wir überhaupt über diesen Rahmenkredit abstimmen müssen, ist das Verschulden eines von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ergriffenen Referendums. Die GSoA versucht nun nach der aus ihrer Sicht gewonnenen Gripen-Abstimmung zusammen mit SP und Grünen erneut, die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes auf dem Altar ihres verblendeten Pazifismus zu opfern, indem sie den Kauf neuer Kampfflugzeuge verhindert. Doch Fakt ist nun einmal leider, dass Krieg seit jeher in der Menschheitsgeschichte existiert. **Krieg wird wahrscheinlich so lange existieren wie die Menschheit selbst. Und er könnte auch uns eines Tages wieder treffen. Zu Friedenszeiten be-**

nötigen wir eine schlagkräftige Luftwaffe nicht nur für den Luftpolizeidienst.

Wir tun gut daran, unsere Ausrüstung zu modernisieren, unser Know-how zu erhalten und unsere Schlagkräftigkeit auszubauen, solange wir dies in Ruhe tun können. Wenn der Ernstfall eintritt, ist es nämlich zu spät, um Kampfjets zu kaufen und Piloten auszubilden.

Die Welt ist zum Pulverfass geworden

Vermutlich jeder hat den folgenden Satz schon einmal irgendwo gehört: «Wir sind von Freunden umgeben.» Mit diesem fadenscheinigen Argument versuchen gewisse Kreise wie die GSoA immer wieder, unsere Armee zu eliminieren. **Sie wollen uns weismachen, dass die Schweiz inmitten des friedlichen Europas, umgeben von EU- und NATO-Partnern, keine eigene Armee bräuchte, da sie auf deren Hilfe und Schutz zählen könnte, wenn es darauf ankäme.** Unter anderem mit genau demselben Argument soll nun auch das neue Kampfflugzeug gebodigt werden. Auf diesen Vorwand zu vertrauen, wäre jedoch einfach nur grob fahrlässig.



Die neuen Kampfflugzeuge werden vollumfänglich aus dem ordentlichen Armeebudget finanziert.

Gott sei Dank ist die Schweiz aktuell in keine kriegerischen Auseinandersetzungen verwickelt. Doch die geopolitische Lage in vielen Teilen der Welt ist so explosiv wie schon lange nicht mehr.

Der schwelende Wirtschaftskonflikt zwischen China und den USA verschärft sich weiter und könnte bald schon auf anderen – auch auf militärischen – Ebenen ausgefochten werden. Am Persischen Golf könnte jeder weitere Funke das Pulverfass hochgehen lassen. In der arabischen Welt herrschen nach wie vor Chaos, Krieg und Terror. **Die Konflikte verlagern sich immer näher an unsere Grenzen.** Neben der Ukraine, die

seit Jahren einen Krisenherd in Europa darstellt, kommt es nun durch die aufflammenden Proteste gegen das weissrussische Regime zu neuen Reibereien zwischen der NATO und Russland auf europäischem Boden. Auf den ewigen Frieden können wir uns also leider nicht verlassen, denn wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt.

Zehn Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wusste schliesslich auch noch keiner, welches Desaster bald folgen würde. Vor dem Überfall der Wehrmacht blieb die Schweiz unter anderem dank ihrer als stark geltenden Verteidigung und schlagkräftigen Armee verschont.

Worum könnte es in einem nächsten Krieg gehen? Etwa um das weltweit immer knapper werdende Gut Wasser? **Als Wasserschloss Europas hätten wir da sehr schlechte Karten, denn auch unsere sogenannten Freunde hätten in einem solchen Fall womöglich kein Interesse mehr, uns zu beschützen.** Und ohne funktionierende Luftwaffe wären wir dem Feind schutzlos ausgeliefert.

Neue Gefahren

Bedrohungen gehen aber schon längst nicht mehr nur von staatlichen Akteuren aus, nach dem Motto: «Der Gegner rückt mit drei Panzerdivisionen aus Nordost Richtung Rhein vor.» **Immer mehr kommen nichtstaatliche Akteure ins Spiel, seien dies islamische Terroristen, bewaffnete Bürgerwehren, linksextreme Chaoten oder organisierte Kriminalität.** Natürlich ist der Kampfjet nicht bei allen Akteuren das Reaktionsmittel erster Wahl. Im Zuge von Corona und Klimastreiks ist der islamische Terrorismus wieder weitestgehend in den Hintergrund geraten. Terroristische Akte wie bei jenem tragischen Ereignis vom 11. September 2001 in New York sind jedoch leider Realität geworden.

Momentan scheint es zwar eher unwahrscheinlich, dass ein von Terroristen gekapertes Passagierflugzeug in den Zürcher Prime Tower donnert. Aber auch wir hatten bereits Fälle, in denen Flugzeuge im Schweizer Luftraum abgefangen werden mussten.

Damals wurde dieser luftpolizeiliche Einsatz zwar von der französischen und italienischen Luft-

waffe übernommen, weil die Schweizer Luftwaffe nur zu Bürozeiten flog. **Bis Ende 2020 soll aber der Betrieb unserer eigenen Luftwaffe definitiv auf den 24-Stunden-Betrieb umgestellt und so der Luftpolizeidienst zum besseren Schutz der Bevölkerung dauerhaft gewährleistet werden.** Man mag argumentieren, dass der Luftpolizeidienst mit der Hilfe von ausländischen Armeen ja hervorragend funktioniert habe und man daher auf einen eigenen Luftpolizeidienst verzichten könne. Die Freunde, von denen wir umzingelt sind, werden uns dann schon zu Hilfe eilen, wenn wir sie brauchen. **Mit dieser Denk- und Handlungsweise degradieren wir uns nicht nur selbst zum Spielball fremder Mächte, sondern treiben auch ein äusserst gefährliches Spiel.**

Was geschieht, wenn unsere Freunde uns nicht mehr helfen können oder wollen, weil sie damit beschäftigt sind, ihr eigenes Volk zu beschützen? Sie werden uns fallen lassen wie eine heisse Kartoffel.

Kampfjets dringend erforderlich

Die Entscheidung, welcher Kampfjet im Falle eines positiven Ausganges der Abstimmung beschafft würde, wird erst nach der Abstimmung durch Experten der armasuisse getroffen. **Offensichtlich hat man beim Bund aus dem Gripen-Debakel von 2014 seine Lehren gezogen.** Damals verkam die öffentliche Diskussion zu einer unnötigen Streiterei über den Flugzeugtypen, der nach Ansicht vieler selbst ernannter Experten für die Schweiz nicht geeignet gewesen wäre. Obwohl die F/A-18-Flotte kürz-

lich auf den neusten Stand der Technik gebracht wurde, besteht ein dringender Erneuerungsbedarf. **Momentan genügen unsere Flugzeuge zwar noch für den Luftpolizeidienst. Sie sind aber bereits jetzt veraltet und werden ab 2030 mit moderneren Kampfflugzeugen gar nicht mehr mithalten können.**

Eine weitere Kampfwerterhaltung über 2030 hinaus ergäbe bei den F/A-18 keinen Sinn mehr. Wollen wir die Schlagkraft unserer Luftwaffe bewahren beziehungsweise wieder hochfahren, kommen wir nicht um die Beschaffung neuer, leistungsfähiger Jets herum.

Dass dafür ein italienischer Billigflieger, wie von der SP vorgeschlagen, hinten und vorne nicht ausreicht, ist einleuchtend, denn ein solcher wäre aufgrund seiner geringen Leistungsfähigkeit nicht einmal für den Luftpolizeidienst zu gebrauchen, geschweige denn für einen Verteidigungseinsatz.

Bodengestützte Luftverteidigung reicht nicht

Es ist völliger Schwachsinn zu glauben, dass eine bodengestützte Luftverteidigung allein, das heisst Fliegerabwehrsysteme am Boden, ausreicht, um unseren Luftraum zu schützen. Diese Systeme sind zwar auf geringen und mittleren Flughöhen effektiv einsetzbar, moderne Kampfflugzeuge können jedoch auch aus Flughöhen ausserhalb der Reichweite der bodengestützten Luftverteidigungssysteme angreifen. **Können wir einem Gegner in höheren Lagen nicht mit leistungsstarken Kampfflugzeugen die Stirn bieten, sind unsere**

Bodentruppen feindlichen Fliegern völlig schutzlos ausgeliefert und unsere Armee somit nutzlos.

Dass 6 Milliarden für neue Kampfflugzeuge viel zu teuer und das Geld anderswo besser einsetzbar sei, ist im Übrigen genauso schwachsinnig, denn das Rüstungsvorhaben wird vollständig über das ordentliche Armeebudget finanziert werden.

Es entstehen für den Bund also keine Zusatzkosten und an keiner anderen Stelle im Bundeshaushalt wird Geld gekürzt. Das Fazit ist relativ simpel: Verlieren wir diese Abstimmung, wird unsere Luftwaffe spätestens ab 2030 weitgehend wirkungs- und nutzlos sein. Bei einem solchen Ausgang der Abstimmung würden die Armeegegnern von GSoA, SP und Grüne nicht nur eine Schlacht für sich entscheiden, sondern gewännen auch schon fast den ganzen Krieg gegen unsere Armee, denn ein dritter Anlauf käme nicht mehr rechtzeitig vor 2030 zum Abschluss.

Lassen wir es nicht zu, dass Menschen mit solch einer verblendeten Weltanschauung die Sicherheit unserer Heimat und das Leben von Millionen von Schweizerinnen und Schweizern achtlos aufs Spiel setzen.

Sorgen wir am 27. September mit einem überzeugten Ja zum neuen Kampfflugzeug dafür, dass auch künftige Generationen von Schweizerinnen und Schweizern in Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit leben dürfen!

Roland Uhler, e. Gemeinderat, Präsident SD Kanton St. Gallen, St. Gallen

Den Corona-Verlust abbauen

Das Coronavirus hat der Bundeskasse einen Verlust von 21 Milliarden Franken eingebracht. Diesen Verlust abzubauen, wäre einfach: Man beauftragt einen in Finanzfragen unerfahrenen, aber sonst normalbegabten Angestellten zur Erarbeitung einer entsprechenden Lösung. **Dieser käme im Gegensatz zu den Experten rasch zur Erkenntnis, dass es falsch ist,**

Geld zu verschenken, wenn man Schulden hat.

Im Visier hätte der «Normalbegabte» folglich alle Bundesausgaben, die uns nichts nützen, sondern nur kosten. Dazu gehört unter anderem die Kohäsionsmilliarde oder die Entwicklungshilfe, womit übrigens kaum etwas entwickelt wird.

Ferner ist das kostspielige Asylwesen zu erwähnen. **Es erlaubt Wirtschaftsflüchtlingen bei uns, mitunter samt Anhang, auf unsere Kosten zu leben.** Der Corona-Verlust aber – liesse man den «Normalbegabten» gewähren – wäre in zwei bis drei Jahren abgebaut. Hierzu würde es jedoch nicht kommen. Denn NGO's und wortgewaltige, einflussreiche Funktionäre,

die von überflüssigen Bundesausgaben leben, würden Zeter und Mordio schreien. **Als Folge müsste der «Normalbegabte» bald wieder den Funktionären Platz machen. Und die würden wiederum in alle Welt Geld verschenken.**

Otto Weiersmüller, Uetikon

Ohne drastische Begrenzung der Zuwanderung gibt es keinen echten Klimaschutz!

Bizarre Heuchelei der Stierkampf-Lobby

Mit der Lockerung der Corona-Massnahmen endete auch die viermonatige Zwangspause für die Stierkämpfe in Spanien. Seit September werden nun die grausamen Stierkämpfe mit Corona-Auflagen, wie Besucherlimite und Sicherheitsabständen, wieder fortgesetzt. **Während des Stillstandes der Kämpfe verloren die Züchter der Stiere angeblich 70 Millionen Euro, da 40'000 Arbeitsplätze mit diesem blutigen Geschäft zusammenhängen.** Mitte Juni gingen Tausende von Anhängern der Stierkämpfe auf die Strasse und forderten, dass der Staat diesen wichtigen Wirtschaftszweig unterstütze. Doch das spanische Kulturministerium lehnte eine staatliche Sonderhilfe ab, weil die Toreros meist vermögend sind und fast alle Picadores und Banderilleros nebst ihren saisonalen Einsätzen einer anderen Arbeit nachgehen, oder sonst eine staatliche Unterstützung erhalten.

Ehrenvoller Tod in der Arena?

Die Stierkampf-Lobby klagte mit tränenden Augen darüber, dass sie die Stiere nun in den Schlachthof bringen müssten, da sie ihnen keinen würdigen Tod in der Arena bieten könnten. In einem Fernsehinterview äusserte sich ein Torero, dass die Kampfstiere dadurch der Gelegenheit beraubt würden, um ihr Leben zu kämpfen. **Das sei ein schöner ehrenvoller Tod und für die Stiere auch eine Überlebenschance. Heuchlerisch forderte er die Tierschützer auf, Kampfstiere zu adoptieren, um sie vor dem Schlachthof zu retten!**

Im letzten Jahr wurden von 4'435 Stieren lediglich 20 Tiere begnadigt. Das sind nur 0,45% der Kampfstiere und die meisten waren so schwer verletzt, dass sie sich von den erlittenen Verletzungen nicht mehr erholten und kurz darauf kläglich starben.

Die «überflüssigen Stiere» mussten während der Corona-Krise wie normale Schlachttiere an die Metzger verkauft werden. Das ergibt einen kleineren Erlös für die Viehzüchter. **Der Kaufpreis für einen Kampfstier, der dazu bestimmt ist, in der Arena elendlich zu sterben, beträgt 4'000 bis 10'000 Euro, während der Metzger nur knapp 1'000 Euro pro Stier bezahlt.** Wieder einmal geht es nur ums Geld, das einigen Profiteuren

des grausamen Stierkampfes in der Kasse fehlt!

Die Kampfstiere sind Nachfahren der Ur-Rinder

Die Stiere wachsen idyllisch auf den grünen Weiden von Andalusien, Kastilien und Extremadura auf. Sie gehören zu einer alten, seltenen Rinderrasse und sind die Nachfahren des Ur-Rindes. Es gibt 1'500 Zuchtbetriebe für Kampfstiere. Ausgewachsene Bullen wiegen bis zu 600 kg und können wegen ihrer Aggressivität nicht in Ställen gehalten werden, sondern nur auf der Weide.

Zahlreiche friedlichere Stiere werden schon früh aussortiert und vorzeitig geschlachtet. Im Alter von 6 Jahren werden sie von den grossen Kampfarenen gekauft und für ihren Todeskampf «präpariert». Die perfiden Einzelheiten ersparen wir uns lieber.

Begnadigt werden nur Stiere, die sich aggressiv und extrem mutig in der Arena verhalten und das Publikum bestens unterhalten, ganz nach der antiken römischen Tradition. **In diesen äusserst seltenen Fällen darf der glückliche Stier nach seiner eventuellen Genesung wieder zurück auf seine heimatische Weide und wird für die Zucht eingesetzt.** So werden seine Kampfgene an die Nachkommen weitervererbt und das blutige Millionen-Spektakel kann weiterlaufen. **Die Corrida ist ein sehr ungleicher, unfairer Kampf und selten wird ein Torero ernsthaft verletzt, da er ja zahlreiche Matadore als Helfer hat.** Nicht zu vergessen sind die Pferde, auf denen die Picadores reiten. **Die Tiere werden mit Augenbinden versehen und tragen oft schwere bis tödliche Verletzungen davon.**

Weitere barbarische Traditionen

Unter dem Deckmantel dieser barbarischen Tradition werden in Spanien jedes Jahr Zehntausende von Stieren zu Tode gefoltert! Neben dem klassischen Stierkampf gibt es zahlreiche Volksfeste, wie beispielsweise das San Fermin-Festival in Pamplona, wo die verängstigten Stiere von grölenden Menschenmassen durch die engen historischen Gassen gejagt werden, und in ihrer Panik ausrutschen und sich dabei oft verletzen, bis sie

schliesslich in der Arena den Tod finden. **Jeweils im November findet das «Toro Jubilo» in der Provinz Soria statt, genannt der brennende Stier.**

Dies ist wohl der absolute Höhepunkt der Tierquälerei, da die Stiere lebendig angezündet werden. Dazu werden Feuerbälle aus Pech (Teer oder Terpentin) an beiden Hörnern befestigt, die ihnen Augen, Kopf, Hals usw. verbrennen.

Die verängstigten Tiere versuchen panisch, sich von den Flammen zu befreien und rennen gegen die Wände, während die grölende Menge klatscht und lacht. Was für eine fürchterliche stundenlange Qual das für die armen Stiere bedeutet, bis sie endlich sterben dürfen, kann sich jeder Mensch mit einem mitfühlenden Herz vorstellen! **Durch die Gewöhnung an derartige Grausamkeiten gegen Tiere kann dies bei Zuschauern zu emotionaler Abstumpfung und besonders bei Kindern zu psychischen Schäden führen. Deshalb wird von der UNO davon abgeraten, Kinder zu Stierkämpfen mitzunehmen.** In Spanien gibt es spezielle Stierkampfschulen, bei denen Knaben bereits im Alter von 10 Jahren auf die Kämpfe vorbereitet und trainiert werden. Ab 14 Jahren dürfen sie bereits Stiere in der Arena töten, geübt wird an kleinen Stierkälbern.

Kanarische Inseln und Katalonien als Vorreiter

Die Kanarischen Inseln haben als erste autonome Gemeinschaft Spaniens schon 1991 die Stierkämpfe verboten. Im Jahre 2010 entschloss sich Katalonien, die wirtschaftlich stärkste Region, mit ihrer Hauptstadt Barcelona, die Stierkämpfe ab 2012 zu verbieten. Daraufhin versuchten die Anhänger des Stierkampfes als traditionelles Kulturgut anerkennen zu lassen. Dies gelang ihnen und infolgedessen stellte die Regierung Spaniens den Stierkampf als «immaterielles Kulturgut» unter Schutz und erklärte 2016 das katalonische Verbot als verfassungswidrig.

Immer noch werden überall, ausser in Katalonien und auf den Kanarischen Inseln, regelmässig Corridas abgehalten. Die Balearen kippten 2019 das

Stierkampfverbot, sodass auf Mallorca wieder Stierkämpfe als Touristenattraktion stattfinden können.

Der Tourismus ist eine weitere wichtige Einnahmequelle der Stierkampf-Lobby. Unter dem Deckmantel der «Tradition» werden Touristen zur Teilnahme an den Kämpfen angehalten. Doch die meisten ausländischen Besucher reagieren schockiert über die Grausamkeit gegenüber den Stieren und würden sich dieses blutige Spektakel kein zweites Mal zumuten. Trotzdem haben sie die Eintrittskarte bezahlt und somit diese Tierquälerei unterstützt.

76% der Spanier haben kein Interesse an Stierkämpfen und lehnen sie ab. Regelmässig finden überall in den Städten Demonstrationen statt, mit dem Ziel, die Stierkämpfe endgültig zu verbieten.

Nur noch von EU-Subventionen finanziert

Aufgrund des abnehmenden Interesses kann sich die Stierkampf-Lobby nicht mehr aus den Zuschauereinnahmen finanzieren. Enorme Subventionen von der EU halten die Stierkampf-Industrie am Leben. **Viehzüchter, welche Stiere speziell für den Stierkampf züchten, erhalten von der EU jährlich Agrarsubventionen in der Höhe von 130 Millionen Euro.** Der deutsche Tierschutzbund setzte sich gegen die finanzielle Unterstützung dieser Tierquälerei durch die EU ein. Wer den Leidenskampf der Stiere mit Subventionen fördern, mache sich mitschuldig. **Leider fehlten einige wenige Stimmen der EU-Abgeordneten für eine Abschaffung dieser unsinnigen Subventionierung!** Doch für die Zukunft gibt es Hoffnung, dass sich das ändert, zugunsten der gequälten Stiere. **Leider finden auch in Portugal und Frankreich sowie in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Peru und Ecuador immer noch Stierkämpfe statt.**

Bitte unterschreiben Sie allfällige Petitionen gegen den Stierkampf, um diese tierverachtende, grausame Tradition endlich zu begraben!

Margrit Neukomm,
Zentralwizpräsidentin, Bern

Anstand darf nicht an der Landesgrenze aufhören

Am 29. November 2020 stimmen wir über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Sie verlangt, dass Unternehmen, die von der Schweiz aus geführt werden, sich auch im Ausland an die Menschenrechte und die üblichen Umweltstandards halten müssen. Man kann sich natürlich fragen, ob die Schweiz damit einen Eingriff in die Hoheitsrechte fremder Staaten begeht, so wie dies die Amerikaner tun, wenn sie beispielsweise gegenüber im Ausland lebenden US-Bürgern amerikanische Steueransprüche geltend machen oder gar von Schweizer Bürgern, die in der Schweiz amerikanische Wertpapiere besitzen, Rechenschaft verlangen. Es wäre grundsätzlich Aufgabe der Länder, in denen Schweizer Unternehmen oder deren Tochtergesellschaften tätig werden, von diesen die Respektierung von Umweltschutz und Menschenrechten zu fordern. **In der Praxis funktioniert dies aber nicht, weil viele dieser Staaten viel zu schwach sind, um sich gegen mächtige multinationale Konzerne durchzusetzen.**

Manchenorts helfen korrupte Regierungen den Konzernen gar aktiv, zum Nachteil der eigenen Bevölkerung rücksichtslos Profitmaximierung zu betreiben.

So kommt es dann zu **Kinderarbeit, miserablen Arbeitsbedingungen, Hungerlöhnen und schweren Schäden an Natur und Landschaft.** Das kann uns Schweizern nicht egal sein, denn Unternehmen, welche von der Schweiz aus operieren und sich so verhalten,

schädigen den guten Ruf der Schweiz

enorm. Anstand darf nicht an der Landesgrenze aufhören. Wer von uns hat sich nicht schon wegen Landsleuten geschämt, die sich als Touristen im Ausland höchst unanständig benehmen? Schämen muss man sich leider auch für einige Schweizer Unternehmungen. Dies ist umso ärgerlicher, als manche Firmen, die ihren Sitz hierzulande haben, es eigentlich gar nicht verdienen, «Schweizer Unternehmung» genannt zu werden.

Oft sind nur die Holdinggesellschaften und die oberste Geschäftsleitung in der Schweiz ansässig, und die Chefs sind durchwegs oder grösstenteils gar keine Schweizer. Es kann nicht Aufgabe von uns Schweizer Demokraten sein, uns für deren Profitinteressen in die Bresche zu werfen.

Solche Firmen geniessen hierzulande nicht nur in steuerlicher Hinsicht, sondern ganz allgemein vorteilhafte Rahmenbedingungen. Es geht deshalb nicht an, dass sie mit ihrem Geschäftsgebaren unser Land in Verruf bringen. Hinzu kommt, dass Umweltschäden in Drittweltländern den

Migrationsdruck von Süden nach Norden

verstärken. Mit der Abholzung der Regenwälder etwa verändert sich das Klima und deshalb nimmt auch die Ausdehnung der Wüsten zu. **Immer mehr Menschen können in ihren Herkunftsgebieten**



Der multinationale Rohstoffhändler Glencore versties bereits mehrmals gegen die Menschenrechte.

kaum mehr leben und trachten deshalb danach, in den «reichen Norden» abzuwandern. Es liegt demzufolge in unserem ureigensten Interesse, von der Schweiz aus geleitete Konzerne daran zu hindern, solche Schäden anzurichten. **Dazu gehört auch die finanzielle Haftung der Konzerne für die Folgen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung.** Die betroffenen Unternehmen argumentieren, dass sie mit der Initiative einen

Wettbewerbsnachteil

erleiden würden, weil andere Länder keine solche Konzernverantwortung kennen und die dort ansässigen Unternehmen deshalb keine Kosten für Anstrengungen in den Bereichen von Menschenrechten und Umweltschutz zu tragen hätten.

Einige Unternehmen könnten deshalb ins Ausland abwandern. Dies mag momentan noch zutreffen, ist aber vorerhand in Kauf zu nehmen. Längerfristig wird sich das Modell der Konzernverantwortung auch in den anderen Industrieländern durchsetzen.

Aus heutiger Sicht sollten wir Schweizer Demokraten die Konzernverantwortungsinitiative unterstützen. Ende Oktober 2020 haben Sie an der eidgenössischen Herbst-Mitgliederversammlung Gelegenheit, direkt über unsere Abstimmungsempfehlung mitzuzentscheiden. Wir freuen uns auf eine starke Beteiligung!

*lic. iur. Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsident, Zürich*

Uns geht es ja noch gut!

Wenn mit «uns» die Privilegierten der Gesellschaft gemeint sind oder man mit anderen Ländern vergleicht, kann das sogar noch stimmen. Vergleicht man es jedoch mit anderen Zeiten, verkommt diese Behauptung zu einer Phrase aus der Gebetsmühle eines Polit-Zombies. Nie war Wohnen so teuer wie jetzt, nie war der Leistungsdruck so hoch wie heute, nie war der Gang zum RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum), Sozialamt oder IV so häufig wie jetzt, nie waren verstopfte Strassen und Züge derart ausgeprägt wie heute,

nie war die Verschuldung von Staat und Privaten so hoch wie jetzt, nicht zuletzt dank dem Corona-Lockdown und das, was Seuchen besonders begünstigt: **Unkontrollierte Verbreitung durch offene Landesgrenzen und eine übervölkerte, verdichtete, kleine Schweiz.**

Die Ursachen sind seit Jahrzehnten bekannt, aber wer sich zu bequem ist, die Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) zu studieren, kann auch 30-jährige Landkarten oder Luftbilder ansehen, um zu er-

kennen, was Nettozuwanderung im Endeffekt heisst.

Egal welchen Horror die Gegner beschwören, der Preis für das Nichtstun ist höher! Die Briten haben es erkannt. Wir hingegen hatten mehr Gelegenheiten zu handeln, als wir verdienten: 8 Überfremdungsinitiativen in den 70er- und 80er-Jahren, dann die 18-Prozent-Initiative, die Referenden gegen die Bilateralen 1 und 2 (Ost-Erweiterung), und zuletzt die Epopop-Initiative, als es praktisch schon zu spät war. **Seither sind wir**

2 Millionen Einwohner mehr geworden, auch die Probleme wurden grösser. Aber die Mehrheit von uns scheint bereits genug beeinflusst zu sein, sodass auch diese Vorlage bachab geht. Bevölkerungsexplosion, Mohrenkopf-Diskussion, Täterschutz, Überwachungsstaat: Nicht zum ersten Mal fegt sich eine Gesellschaft durch ihren eigenen Schwachsinn aus der Geschichte. Nicht besonders kluge Leute tun so was, es gibt zu viele davon!

Markus Zimmermann, Horw

Zauberwort «Integration»

Im Zusammenhang mit Migrationsfragen wird viel von «Integration» gesprochen. Sie soll die vielfältigen Probleme lösen, die wir uns mit der seit etlichen Jahrzehnten anhaltenden Masseneinwanderung aufgehalst haben. **Dazu ist vorab festzustellen, dass auch eine erfolgreiche «Integration» der vielen Zugewanderten nichts daran zu ändern vermag, dass die Migration zu einer katastrophalen Überbevölkerung unseres kleinen Landes geführt hat.** Diese wird sich – leider – wohl auch in Zukunft weiter verschlimmern. **Manchenorts besteht zudem die Vorstellung, Integration sei vor allem eine Bringschuld der Einheimischen.** Wir müssten dafür nur genug finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, dann komme alles gut. Doch

Integration lässt sich nicht mit Geld erzwingen

Es braucht dazu vor allem den Willen der Einwanderer zum Kulturwechsel. Tatsache ist, dass die meisten Menschen, die in den letzten Jahrzehnten in die Schweiz gekommen sind, hier bleiben werden. **Es liegt in unserem ureigensten Interesse, sie in unsere Gemeinschaft zu integrieren, ansonsten unser Land irgendwann auseinanderfällt.** «Integration» darf aber nicht bedeuten, sich bloss soweit mit der einheimischen Kultur und Lebensweise vertraut machen zu müssen, dass man im Alltagsleben nicht ständig aneckt.

Es darf auch nicht sein, dass wir Schweizer uns «auch an die Ausländer anpassen» müssen, wie dies kürzlich in der Sonntagspresse ein frecher – notabene auf Kosten unseres Landes ausgebildeter – Akademiker tamilischer Herkunft gefordert hat.

Auf längere Sicht kann allerdings auf einem bestimmten Territorium nur eine Kultur überleben. **So etwas wie eine «Multikultur» gibt es nicht. Setzt sich unsere Identität und Mentalität gegenüber den Zugewanderten nicht durch, so gehen wir Schweizer als Nation unter.** Von Ausländern muss deshalb

nicht bloss «Integration», sondern Assimilation

(das heisst Anpassung) verlangt werden. Das heisst nicht, dass Zu-

gewanderte ihre Herkunft verleugnen müssen, setzt aber ein klares Bekenntnis ihrerseits voraus, nun ein Teil des Schweizervolkes werden und nicht eine fremde Kultur hier einpflanzen zu wollen. Gewiss ist die Bandbreite von Lebenswürfen auch unter uns Einheimischen grösser geworden. So hat etwa die Akzeptanz von Menschen mit «normabweichender» sexueller Veranlagung oder Geschlechtsidentität zugenommen. Das ist auch gut so. **Wir wollen ja nicht Teile des eigenen Volkes ausgrenzen. Die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft wird aber schon damit stark beansprucht und ist nicht unbegrenzt.**

Kommen auch noch fünfzig fremde Kulturen dazu, so wird der Karren definitiv überladen. Eine Integration kann nicht mehr gelingen.

Das ist kein Wunder, finden sich doch beispielsweise in manchen Schulen kaum noch Kinder ohne Migrationshintergrund. Eine

Minderheit kann nicht die Mehrheit integrieren!

Dass sich diese Mehrheit aus unzähligen Kulturen zusammensetzt, die oft auch untereinander nicht kompatibel sind, macht die Sache nicht einfacher. Hinzu kommt, dass vermehrt Einwanderer aus völlig fremden Kulturkreisen kommen. **Ihre Assimilation ist wohl gar nicht möglich.**

So werden Konflikte aus fernen Ländern, etwa zwischen Kurden und Türken oder zwischen Tamilen und Singhalesen, in unser Land geschleppt. In der Schweizer Armee gelangen Soldaten serbischer Abstammung mit Albanern aneinander.

Man fragt sich, wie diese jungen Leute überhaupt eingebürgert werden konnten, fühlen sie sich doch offensichtlich trotz rotem Pass und Schweizer Uniform gar nicht als Schweizer. Ähnliches spielt sich in den unteren Ligen des Schweizer Fussballs ab, wo mittlerweile jede Ethnie ihre eigenen Clubs hat.

Was können wir in dieser Situation noch tun?

In erster Linie muss endlich die Neuzuwanderung drastisch ver-



Menschen aus vollkommen fremden Kulturen sind aufgrund ihrer Wertvorstellungen kaum assimilierbar.

mindert werden, damit die Lage nicht immer noch hoffnungsloser wird, sondern endlich jene Zugewanderten assimiliert (und danach auch eingebürgert) werden können, die schon länger hier sind und hier bleiben. Dann sollte unbedingt der Zustrom kaum assimilierbarer Menschen aus völlig fremden Kulturen, beispielsweise aus Schwarzafrika oder dem arabischen Raum, ganz unterbunden werden. **Generell sollte die Mobilität der Menschen geringer wer-**

den, weil damit zwangsläufig auch die Migration gefördert wird.

Nur wenn wir in den Regionen der Schweiz wieder ein Mindestmass an kultureller Homogenität zustande bringen, haben unser Volk und unser Land noch eine Zukunft.

*lic. iur. Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsident, Zürich*

Nein zum neuen Jagdgesetz

Sämtliche Natur- und Tierschutzorganisationen der Schweiz lehnen das neue Jagdgesetz ab, was ebenso für Förster, die Direktoren aller Schweizer Zoos und selbst für viele Jäger gilt. Erfreulicherweise geht die Ablehnung bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein, weil es die Kompetenz zum Abschuss von bedrohten und geschützten Tierarten den Kantonen überlässt und damit der Willkür einiger weniger. Wie es mit dem Respekt gegenüber der Natur speziell in SVP-nahen Regionen steht, wissen wir leider nicht erst seit dieser Vorlage. **Zum Thema Wolf hat die SRF-Sendung «Netz Natur» vom vergangenen Donnerstag viele anschauliche Fakten geliefert, insbesondere zum Herdenschutz. Leider gingen diese besonnenen**

Argumente in der «Arena» vom Freitag aufgrund der anmassenden Moderation ziemlich unter.

Fakt ist: Die Panikmache vor diesem scheuen Tier entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Der gierigste und rücksichtsloseste Räuber ist und bleibt eindeutig der Mensch!

Bereits bisher konnten Problemtiere eliminiert werden. Das neue Gesetz hingegen ist ein Freibrief zum Abschuss geschützter Tierarten quasi auf Vorrat, und dies sogar in Jagdbanngebieten. **Wahre Tierfreunde stimmen deshalb aus Überzeugung Nein zu diesem missratenen Gesetz!**

Rolf Rindlisbacher, Hondrich



Votons Oui à l'initiative de limitation le 27 septembre prochain!

L'importance du sujet nous force à revenir sur cette votation, déjà abordée dans la précédente édition de notre journal. Depuis lors, le déferlement contre cette (modeste) initiative s'est encore accru. Tout le monde s'y met: les organisations économiques (EconomieSuisse en tête), les syndicats (bénéficiant de l'audience de l'Union syndicale suisse), le Parti socialiste, les Verts, les partis bourgeois (sauf l'UDC, évidemment), ainsi que la Commission fédérale des migrations¹⁾ (CFM), sans oublier les idéologues ultra-libéraux du NOMES et d'«Operation Libero» (organisation qui n'est guère implantée en Suisse romande, mais qui sait capter l'attention en Suisse alémanique). **Pour les plus anciens d'entre nous, cette unanimité rappelle en particulier le climat des votations des 7 juin 1970 et 20 octobre 1974. Les campagnes menées contre nos initiatives avaient illustré de manière particulièrement éloquente la césure (ou le divorce, ou encore la rupture, peu important les termes) entre une partie significative de notre peuple et les organisations censées le représenter.**

Notre journal n'offre pas assez de place pour réfuter tous les «arguments» opposés à l'initiative. La position des syndicats est particulièrement intéressante. **Ainsi, employeurs et travailleurs auraient un intérêt commun à faire venir un nombre illimité d'étrangers.** Tiens donc. Pourquoi alors l'économie s'engage-t-elle pour le Non? Pourquoi alors investit-elle des sommes gigantesques dans la campagne (comme elle l'avait déjà fait, en particulier, à l'occasion de la votation sur les Accords bilatéraux du 21 mai 2000)? Pour rendre service aux employés? Pour diminuer la concurrence sur le marché du travail et ainsi augmenter les salaires? Qui est la dupe? **A tous nos compatriotes qui font vivre l'économie en vivant de leur travail, nous disons: ne vous laissez pas mener en bateau, ne vous laissez pas abuser par des milieux qui ne vous représentent pas et qui n'hésitent jamais à licencier des Suisses pour embaucher des étrangers.** Organi-

sation pro-UE nouvellement créée, «Operation Libero» appartient évidemment à cette même tendance ultra-libérale. L'audience médiatique dont bénéficient (outre-Sarriane) les quelques «yuppies» réunis sous cette bannière est sans aucune commune mesure avec leur nombre et leur implantation réelle (si seulement nous avions la même audience, nous qui sommes plus anciens et certainement plus nombreux!).

Redisons le: plus il y a de candidats à l'embauche pour un poste donné, plus il y a de pressions sur les salaires et les conditions de travail. C'est la loi de l'offre et de la demande.

Les meilleures protections pour les travailleuses et les travailleurs ne sont pas les «mesures d'accompagnement», mais la diminution effective de l'afflux d'étrangers, donc de l'offre de travail sur le marché.

Nos aînés s'en souviennent (et les plus jeunes peuvent le leur demander): durant la haute conjoncture, donc jusqu'au premier choc pétrolier de l'automne 1973, le climat de travail dans les entreprises était très différent. Car c'était le plein-emploi, même si la vie était dure. **Les employeurs ménageaient leur main-d'œuvre pour la conserver, puisqu'ils savaient que les employés n'étaient pas disponibles en nombre illimité.** Il sévissait alors une pratique qui a quasiment disparu aujourd'hui, à savoir le débouchage de main-d'œuvre. En outre, les salaires augmentaient naturellement, d'année en année. Actuellement, l'attitude implicite des patrons est: «Si vous n'êtes pas satisfait de votre emploi, allez voir ailleurs. Pour ma part, j'ai 550 millions d'Européens dont beaucoup ne demandent qu'à prendre votre place; je n'ai que l'embarras du choix». **Comment expliquer que les salaires n'augmentent quasiment plus depuis une vingtaine d'années, en dépit d'une productivité croissante et d'une conjoncture durablement soutenue, du moins jusqu'à la crise sanitaire actuelle? Comment expliquer que**

les syndicats ne soient plus en situation de force pour améliorer les conditions de travail et le climat professionnel dans les entreprises? Qui tient le couteau par le manche? Les milieux qui tentent de vous faire croire que la «libre circulation» profite aux travailleurs vous trompent. Ne les croyez pas.

Du reste, même les europhiles sont contraints d'admettre que la «libre circulation» entraîne des pressions sur les salaires. A défaut, les «mesures d'accompagnement», dont ils font grand cas, n'auraient évidemment aucun sens. Du reste, des pans entiers de l'économie ne sont pas concernés par ces «mesures», notamment les emplois de bureau. Si, comme le prétendent les opposants à l'initiative, il y avait un «manque de main-d'œuvre», alors pourquoi les salaires n'augmentent-ils pas massivement? **Pourquoi tant de chômage en Suisse romande²⁾, c'est-à-dire là, précisément, où les étrangers sont les plus nombreux, où la résistance face à l'emprise étrangère est la plus faible et où les politiciens ont le discours le plus europhile?**

Il faut être clair quant aux syndicats: lorsqu'il s'agit de négocier une Convention collective de travail ou de mettre en œuvre des mesures de sécurité dans les entreprises, il est évident que la nationalité des travailleuses et travailleurs concernés ne joue aucun rôle. En revanche, il est inadmissible de favoriser des étrangers qui ne sont pas chez nous en prônant une immigration encore plus massive.

C'est une démarche clientéliste en faveur de la main-d'œuvre étrangère, mise en œuvre par des responsables syndicaux qui sont de plus en plus souvent d'origine étrangère.

C'est admettre implicitement que les Suisses se détournent des syndicats et que, ma foi, il faut bien remplacer nos compatriotes par d'autres adhérents.

Préserver l'indépendance de notre pays implique de préserver notre

indépendance d'esprit: pensez par vous-même et démasquez les intérêts économiques qui sont en jeu contre vous. Avez-vous intérêt, lorsque vous cherchez un emploi, à être en concurrence avec des étrangers de plus en plus nombreux? Et de même lorsque vous cherchez un logement?

Parler d'un «manque de main-d'œuvre» du seul fait que certains secteurs économiques ont quelques problèmes transitoires de recrutement est une affabulation, doublée d'une atteinte à la dignité des personnes au chômage.

Le discours dominant, ressassé à l'unisson par les médias, doit systématiquement être déconstruit. **La «libre circulation» repose sur un mensonge: lors de la campagne de la votation populaire du 21 mai 2000, les milieux patronaux avaient prétendu qu'il n'y aurait que peu d'immigration et qu'il ne s'agissait que de recruter certains spécialistes que le marché du travail ne pouvait fournir. On connaît la suite. Votons Oui le 27 septembre 2020!**

DS Vaud

1) Le 20 août 2020, la CFM a publié (aux frais des contribuables) une «Prise de position» qui situe l'initiative de l'UDC dans la continuité des autres initiatives contre l'emprise étrangère depuis l'initiative «Schwarzenbach» de 1970. La CFM relève que «[L]es mesures d'accompagnement protègent les travailleurs vivant en Suisse contre les abus et améliorent leurs chances sur le marché local du travail» et «servent à ajuster les règles de la libre circulation des personnes», en ignorant que c'est justement ces mesures que l'Union européenne veut affaiblir. Pour le reste, la CFM s'égare dans des considérations purement idéologiques, que l'on croirait issues d'un communiqué d'un «think tank» proche de l'économie.

2) La lecture des statistiques mensuelles de chômage publiées, canton par canton, par le Secrétariat d'Etat à l'économie est particulièrement édifiante. Ce n'est pas sans raison qu'un nouveau terme s'est installé dans le débat: on parle ainsi de «chômage socle» pour désigner un chômage irréductible, indépendant de la conjoncture. Il s'agit d'un phénomène nouveau, étant rappelé que la haute conjoncture de la fin des années 1980 avait momentanément abouti au (quasi) plein-emploi – mais c'était avant la «libre circulation».

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Margrit Neukomm, Bern

Parolen zum Urnengang vom 27. September 2020

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 2020 beschlossen:

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG):

Mit dieser Gesetzesreform will man der Zunahme der Wölfe in Bezug auf die Haltung von Nutztieren Rechnung tragen. Die vorgesehenen Änderungen schiessen jedoch über das Ziel hinaus und berücksichtigen die Interessen der verschiedenen Akteure nicht mehr in gleichwertiger Weise.

So wird der Wolfsschutz mit der Möglichkeit von Präventivabschüssen zu stark gelockert. Andererseits gibt es für die Fachstellen des Bundes nur noch ein Anhörungsrecht, sodass der Entscheid über einen Abschuss den Kantonen vorbehalten ist.

Zum heutigen Zeitpunkt wäre es verfrüht, bereits von einem langfristig gefestigten Wolfsbestand, auch in Zusammenhang mit der Bildung und Entwicklung von Rudeln, zu sprechen. **Aus diesem Grund hätten die allfälligen Massnahmen eine erneute Ausrottung des Wolfes binnen Jahrzehnten zur Folge.** Letztlich plant man mit der Vorlage ebenfalls eine Aufweicheung des Schutzes anderer Tiere. **Der Bundesrat könnte sodann auf Verordnungsebene alleine zusätzliche Regulierungen beschliessen.** Die Schweizer Demokraten (SD) haben zur Vorlage die Nein-Parole gefasst.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten):

Mit dieser Gesetzesreform will man einerseits die Obergrenze des Kinderdrittbetreuungsabzugs von Fr. 10'100.– auf Fr. 25'000.– und andererseits den allgemeinen Kinderabzug von Fr. 6'500.– auf Fr. 10'000.– erhöhen. Satt 44% der Familien mit Kindern können jedoch von diesen Anpassungen nicht profitieren, zumal sie keine

direkte Bundessteuer bezahlen. **Darunter fallen insbesondere finanziell schwächere Schweizer. Solche Leute hätten von jeglichen Unterstützungsmassnahmen den spürbarsten Nutzen.** Zudem erhalten zwei Drittel sämtlicher Personen mit Kindern lediglich 10% der Gesamtsumme aller Abzüge, sodass die Einsparungen pro Haushalt gerade einmal Fr. 60.– betragen.

Die Entlastungen für Familien mit einem steuerbaren Einkommen bis Fr. 75'000.– sind somit äusserst marginal.

Dem Fiskus entgingen jährlich 380 Millionen Franken, was den Sozialstaat vor allem während der Corona-Krise empfindlich unter Druck setzen würde. Familienpolitik stellt für die Schweizer Demokraten (SD) ein wichtiges Anliegen dar. **Entsprechende Massnahmen sollten aber der gesamten Breite der Gesellschaft zugutekommen.** Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbssersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»):

Mit dieser Reform will man einen bezahlten zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub einführen. Wie bei der Mutterschaftsversicherung soll die Entschädigung 80% des durchschnittlichen Erwerbseinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens aber Fr. 196.– pro Tag, betragen. Obwohl sich die jährlichen Kosten auf 230 Millionen Franken belaufen, ist die Belastung über die Bruttolohnabzüge der Erwerbssersatzordnung (EO) äussert marginal.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen lediglich zusätzlich je 0,025 Lohnprozente beisteuern. Beim aktuellen Schweizer Medianlohn von Fr. 6'538.– brutto ergibt das einen Mehrabzug von monatlich ca. drei Franken.

Da es sich bei dieser Vorlage um einen indirekten Gegenvorschlag handelt, kann man ohne Weiteres von einem Kompromiss sprechen,

zumal die entsprechende Volksinitiative, welche vergleichsweise den doppelten finanziellen Aufwand zur Folge hätte, zurückgezogen wurde. Die Schweizer Demokraten (SD) möchten betonen, dass es aufgrund der Corona-Krise weitaus gewichtigere und vor allem jedoch notwendige Sparmassnahmen gäbe. **Zu erwähnen wäre etwa der milliardenschwere Asylbereich. Letztlich gehört die väterliche Betreuung des Kindes nach der Geburt zu den selbstverständlichen Bedürfnissen unserer modernen, gleichberechtigten, mitteleuropäischen Gesellschaft.** Deshalb wird zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ausserdem wird zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» die Ja-Parole beschlossen. Zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wird ebenfalls die Ja-Parole beschlossen.

SD-Zentralvorstand



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Consignes de vote pour les votations fédérales du 27 septembre 2020

- Oui à l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»
- Non à la modification de la loi fédérale sur la chasse et la protection des mammifères et oiseaux sauvages (Loi sur la chasse, LChP)
- Non à la modification de la loi fédérale sur l'impôt direct (LIFD) (Déduction fiscale des frais de garde des enfants par des tiers)
- Oui à la modification de la loi fédérale sur les allocations pour perte de gain en cas de service et de maternité (contre-projet indirect à l'initiative populaire «Pour un congé de paternité raisonnable – en faveur de toute la famille»)
- Oui à l'arrêté fédéral relatif à l'acquisition de nouveaux avions de combat.